

Ortsamt Blumenthal

## Protokoll über die öffentliche Sitzung

**des Gremiums:** Beirat Blumenthal  
**am:** Montag, 20.01.2025  
**Ort:** Aula der Oberschule an der Eggestedter Str.  
Eggestedter Str. 20, 28779 Bremen

Beginn: 18:30 Uhr  
Ende: 20:46 Uhr

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### Beiratsmitglieder:

Dettmer, Brigitte  
Krogemann, Fred  
Milpacher, Christian  
Pörtner, Marc  
Thormeier, Hans-Gerd  
Tunc, Makso  
Jahn, Holger  
Matschulla, Sarah  
Radtke, Martin  
Pfeiff, Marcus  
Bienzeisler, Kay  
Schmidt, Rebekka  
Bergmann, Thomas

Oliver Fröhlich, Sitzungsleitung  
Phillip Olthoff, Protokoll

#### Als Gast / Referent:in

Unrath, Hendrik  
Rudolph, Jennifer  
Dumm, Michaela

#### Es fehlt entschuldigt:

Bienzeisler, Kay  
Matschulla, Sarah

## **Tagesordnung:**

1. (18:30 Uhr) **Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung**
2. (18:35 Uhr) **Mitteilung über die Entscheidungen des Beirats im Umlaufverfahren**
3. (18:40 Uhr) **Vorstellung IEQK Blumenthal durch Energiekonsens**
4. (19:20 Uhr) **Vorstellung „ResiRiver“- Projekt Bunkerbucht Reikum (GDWS/ WSV)**
5. (19:50Uhr) **Anträge und Anfragen**
  - a) SPD - Böllerverbot
  - b) CDU- Straßenbenennung „Schulpfad“
6. (20:00 Uhr) **Bürger:innen-Anträge; Fragen Wünsche und Anregungen on Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung (bitte vorher schriftlich einreichen)**
  - a) Bürgerantrag – Straßenbenennung nach Luise Otten-Röhrs
7. (20:10 Uhr) **Wünsche und Anregungen aus dem Beirat**
8. (20:15 Uhr) **Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Blumenthaler Beirates vom 10.12.2025**
9. (20:20 Uhr) **Mitteilungen**
  - a) Des Ortsamtleiters
  - b) Des Beiratssprechers
10. (20:25) **Verschiedenes**

## **TOP 1: Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung**

Herr Fröhlich begrüßt die Anwesenden und wünscht ihnen ein frohes neues Jahr 2025. Er weist darauf hin, dass die Sitzung digital aufgezeichnet wird. Eine Aufzeichnung oder ein Streaming der Sitzung ist nur auf Antrag und Genehmigung durch den Beirat erlaubt.

Den Beiratsmitgliedern ist fristgerecht eine Einladung mit der vorgeschlagenen Tagesordnung übersandt worden und durch die mehrheitliche Anwesenheit der Beiratsmitglieder beschlussfähig.

Herr Fröhlich verliest den Entwurf der Tagesordnung und lässt darüber abstimmen.

**Die Tagesordnung wird einstimmig mit 11 Ja-Stimmen, keinen Nein-Stimmen und keiner Enthaltung genehmigt.**

## **TOP 2: Mitteilung über die Entscheidungen des Beirats im Umlaufverfahren.**

Herr Fröhlich informiert die Anwesenden über die Entscheidungen im Umlaufverfahren.

### **Umlaufentscheidungen**

- Standorte der Großplakete der SPD, CDU, B90/ Die Grünen, FDP für die Bundestagswahl. (Einstimmige Zustimmung)
- Einrichtung eines Parkplatzes für Menschen mit Behinderung im Bereich der Arztpraxis Schwaneweder Str. 21-23. (Einstimmige Zustimmung)

### **Eingegangene Antworten auf Anträge/Anfragen**

- Eingang 17.01.2025: Antwort Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration zum Beiratsbeschluss „Mädchentreff“ vom 12.11.2024
- Eingang 17.01.2025: Antwort Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung zum Beiratsbeschluss „Mobilität Blumenthal/ Bremen-Nord vom 21.10.2024
- Eingang 20.01.2025: Antwort Amt für Straßen und Verkehr zum Beiratsbeschluss „Zustand Brücken“ vom 10.12.2024

Herr Fröhlich teilt den Inhalt der Antworten mit. Diese sind auf der Homepage des Ortsamtes bei den entsprechenden Sitzungen hochgeladen.

Herr Fröhlich berichtet über das Schwimmbadprojekt im Kämmerei-Quartier und dass die Förderung anstelle von zehn Millionen Euro dank des Bundestagsabgeordneten Uwe Schmidt auf 15 Millionen Euro angehoben werden soll. Der entsprechende Förderbescheid des Bundes, zumindest im ersten Schritt über Planungsmittel, da das Gebäude und das Interieur neu geplant werden müssen, wird in den kommenden Wochen erwartet.

Herr Fröhlich informiert, dass die Stadt Bremen den Sanierungsträger beauftragt hat, Objekte in der George-Albrecht-Straße anzukaufen und ihnen das Geld zur Verfügung gestellt wurde. Insgesamt 66 Wohneinheiten wurden am heutigen Tag erworben. Der Sanierungsträger wird nun die Objekte begutachten, um zu schauen welche Sanierungen nötig sein werden.

### **TOP 3: Vorstellung IEQK Blumenthal durch Energiekonsens**

Herr Unrath stellt sich den Anwesenden vor und berichtet darüber, dass spezialisierte Ingenieurbüros beauftragt worden sind, um in Bremen insgesamt fünf integrierte energetische Quartierskonzepte zu erstellen. Eines davon befindet sich in Blumenthal.

Herr Unrath zeigt auf, welches Quartier betroffen ist und erläutert, dass Finanzierungsmittel des Bundes in Anspruch genommen werden konnten und die KfW-Bank hat dies verwaltet. Rund 75% der Kosten wurden durch die KfW-Bank abgedeckt, sowie 12,5% durch die Senatorin für Umwelt und 12,5% durch das Sondervermögen, welches durch die WfB verwaltet wird. Dies soll ermöglichen, das Kammerei-Quartier mit einbeziehen zu können.

Im Quartierskonzept geht es in erster Linie um die Gebäude, da diese rund 25% der Energie in Bremen verbrauchen um die Gebäude mit Strom und Wärme zu versorgen. Es wird sich hierbei überlegt, wie die Gebäude energieeffizient saniert werden können. Der Strom der anschließend zum Unterhalt der Gebäude erzeugt werden muss, soll zudem auch effizienter bereitgestellt werden.

Herr Unrath zeigt auf, welche Klimaschutzstrategie verfolgt wird. Dabei geht es unter anderem auch um klimagerechte Mobilität und Klimafolgenanpassung. Das Ganze wurde begleitet durch Öffentlichkeitsarbeit unter der Beteiligung durch die Bevölkerung.

Herr Unrath nennt die übergeordneten Gründe für das Handeln. Der Ursprung liegt im Bremer Klima- und Energiegesetz, welches im Paragraphen vier dem Land vorschreibt, dass es sich eine Klimaschutzstrategie geben soll. Herr Unrath zeigt sieben Punkte der Strategie auf und hebt hervor, dass es viele Überschneidungen mit dem gibt, was mit dem Quartierskonzept untersucht werden soll. Es gibt Überschneidungspunkte mit dem IEK-Gebiet und dem Sanierungsgebiet. Das IEQK-Gebiet ist im nordöstlichen und nordwestlichen Bereich Blumenthals erweitert worden, da auch die Wohnbebauung näher untersucht werden soll.

Das Quartierskonzept ist in zwei Förderteile aufgeteilt. Der erste Teil beinhaltet eine IST-Analyse, welche eine Bestandsaufnahme umfasst und die Schätzung der Verbräuche von Straßenzügen. Es wurde von außen eine Bestandsaufnahme gemacht indem das Gebäudealter geschätzt, und die Bauart der Gebäude, sowie deren Höhe ermittelt wurde und welche energetischen Sanierungsmaßnahmen von außen erkennbar sind. Aus den ermittelten Daten wurde eine CO<sub>2</sub> Bilanz abgeleitet wurde erstellt um zu ermitteln wie viel Strom und Wärmeenergie diese Gebäude verbrauchen. Anhand der Angabe, die von Wesernetz bereitgestellt worden sind, kann abgeschätzt werden, welche Energieträger genutzt werden. Aus der Gebietsanalyse können dann Potentiale abgeleitet werden, aus denen hervorgeht, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit der CO<sub>2</sub> Ausstoß reduziert wird.

Das Ergebnis ist ein Maßnahmenkatalog von über 280 Seiten welcher auf der Website von Energiekonsens zur Verfügung gestellt wird. In der CO<sub>2</sub> Bilanz wird in der Präsentation dargestellt wie viel Energie im Quartier pro Jahr verbraucht oder gebraucht wird.

Insgesamt braucht das Quartier 70.000 Megawattstunden im Jahr und stößt 20.000 Tonnen CO2 pro Jahr aus. Die Frage wurde sich gestellt, wie dieser Wert zu verringern wäre.

Die beauftragten Ingenieurbüros haben fünf Maßnahmegebiete festgelegt, wie der Ausstoß gesenkt werden soll. Dies soll durch die Energieeffizienz der Gebäude mit Hilfe von energetischen Sanierungen, die Energieversorgung, die Mobilität, die Klimaanpassung und Kommunikation erreicht werden. Ein Überblick über die Maßnahmensteckbriefe soll im Abschlussbericht auf der Homepage veröffentlicht werden.

Wenn der gesamte Wohngebäudebestand energetisch saniert wird, könnten insgesamt 45% des aktuellen Wärmebedarfs eingespart werden.

Die unvermeidbare Abwärme des Heizkraftwerks soll genutzt werden und befindet sich auch im Ausbau für das Klinikum Bremen Nord und dem BAMF in der Lindenstraße. Die Abwärme soll über eine Leitung die Häuser von Blumenthaler Bürgern heizen können.

Die Einrichtung eines Sanierungsmanagements dient der Bevölkerung als Ansprechpartner vor Ort, und Bürger:innen die Sanierungsmaßnahmen durchführen wollen oder ihre Wärmeversorgung fossilfrei machen wollen und Hilfe in der Umsetzung benötigen. Dies geschieht immer in Verbindung mit dem Sanierungsträger.

Herr Unrath berichtet von über 50 Adressen die eine Sanierung durchführen wollen. Für Leute die Hilfe benötigen, sollen Informationsveranstaltungen durchgeführt werden.

Das Förderprogramm zur Co-Finanzierung des Sanierungsmanagements über die KfW Bank gibt es aufgrund der Haushaltsdebatten auf Bundesebene nicht mehr. Aus Kommunalmitteln besteht nun die Möglichkeit zur Förderung des Projekts, dieses ist jedoch nur bis zum 31.12.2025 befristet. Herr Unrath wirbt dafür, dass sich die Bevölkerung und die Beiratsmitglieder dafür einsetzen, damit eine Verlässlichkeit für mehrere Jahre geschaffen wird und das Projekt auf einem soliden Fundament steht.

Das Sanierungsprojekt soll über mehrere Jahre hinweg bestehen bleiben. Herr Unrath erläutert den Inhalt der verteilten Flyer und soll zur Gesprächsgrundlage dienen, wenn Menschen in Zukunft mit Energiekonsens ins Gespräch kommen.

Herr Unrath äußert, dass eine Stelle als Sanierungsmanager derzeit ausgeschrieben ist und sich erfahrene, fachlich geeignete Personen gerne bewerben können.

Herr Andreas Merk, einer der Sanierungsmanager, stellt sich vor und ist unter folgenden Kontaktdaten schriftlich oder telefonisch zu erreichen:

Email: [sama@energiekonsens.de](mailto:sama@energiekonsens.de)

oder

Telefon: 0421/ 376671-33

Zu den nächsten drei Schritten gehört die Verstetigung des Sanierungsmanagements, sowie die Fokussierung auf die kommunalen Liegenschaften und den Ausbau des Wärmenetzes. Es wird eine Leitung in Richtung des Zentrums benötigt an der gestartet werden kann, um erste Gebäude anzuschließen und nennt als Beispiel die neu angekauften Gebäude in der George-Albrecht-Straße. Auf eine Machbarkeitsstudie soll hingewirkt werden.

Unabhängige Beratungsangebote gibt es unter anderem durch die Verbraucherzentrale und im Klimabauzentrum, aber auch durch die Firma Energiekonsens.

Herr Pfeiff regt an, einen Beschluss herbeizuführen, um die befristete Arbeit des Sanierungsmanagers zu entfristen. Herr Pfeiff fragt nach einer genaueren Ausführung über die Differenzierung der Aufgaben vom Sanierungsträger und des Sanierungsmanagements.

Herr Thormeier befürwortet eine Entfristung und fragt nach weiteren öffentlichen Planungen von Großwärmepumpen und sieht eine große Flusswärmepumpe als Alternative, da die Müllverbrennung eine endliche Energiequelle ist.

Herr Bergmann fragt nach der Einführung von Smartmetern und warum diese noch nicht umgesetzt werden. Des Weiteren fragt Herr Bergmann, ob der Anschluss von Einfamilienhäuser in den Planungen mitebezogen worden sind oder nur Großabnehmer Nutzer der Fernwärme sein werden und wann dies in die Planungen mitaufgenommen wird.

Herr Unrath sagt, dass der Sanierungsträger das Problem hat, dass er an den Vorgaben des Baugesetzbuchs und den dort verankerten Aufgaben gebunden ist. Da wo der Sanierungsträger sagt, dass sie nicht weiterkommen, soll der Sanierungsmanager beratend Hilfestellung bieten können. Herr Unrath rät dazu eine gewisse Sanierungstiefe herbeizuführen.

Zu den Alternativen zum Heizkraftwerk sind die Energieversorger angehalten Transformationspläne zu erarbeiten, wie sie CO<sub>2</sub>-neutral werden. Enercity macht sich über Geothermie und Flusswärme Gedanken. Das Sanierungsmanagement ist auch dafür da diese Ideen mitaufzunehmen und Maßnahmen anzupassen.

Ein Smartmeter soll kommen, ist eine EU-Vorgabe und wird im Bundesrecht überführt. Der Smartmeter hätte mit aufgenommen werden können. Herr Unrath ist skeptisch gegenüber den dynamischen Strompreisen, da der Strom gelagert werden können muss.

Herr Bergmann entgegnet, dass der Strom nicht gespeichert werden muss. Die Abrechnung erfolgt anders. Der Smartmeter ist in Niedersachsen bereits verfügbar und, dass dies in Bremen nur sehr langsam vorangeht. Auch Elektrofahrzeuge können durch den Smartmeter vom günstigeren Strom geladen werden.

Herr Fröhlich regt an, die Diskussion in einen Fachausschuss zu verlagern und bedankt sich bei Herrn Unrath für die Präsentation.

Frau Schmidt fragt nach Folie 9 und was der weiße Bereich bedeutet, da dies in der Legende nicht beschrieben ist.

Herr Pörtner fragt in welcher Form das Quartierskonzept in der kommunalen Wärmeplanung Berücksichtigung findet.

Herr Unrath das Fachgutachten ist der senatorischen Behörde bekannt und was daraus gemacht wird bleibt dem Fachreferat überlassen.

Die weißen Flächen sind der Rest an Wärme was das Haus benötigt, selbst wenn die Maßnahmen durchgeführt worden sind.

Herr Unrath bestätigt, dass die Enercity Großverbraucher möchte und die kleinen verbrauchen sie nicht interessieren, aber er findet es wichtig sich dem Problem anzunehmen und will Mittel und Wege finden, damit zeitnah auch Kleinverbraucher angeschlossen werden können.

Herr Milpacher fragt, ob durch den Anschluss an das neue Quartier aus das Zentrum Blumenthals mit angeschlossen werden könnte.

Herr Fröhlich bestätigt dies und informiert, dass auch dies sein Wunsch und der von Enercity ist. Da wo die Leitungen entlanglaufen, soll sich Gedanken darum gemacht werden, wer angeschlossen werden könnte. In Richtung BAMF wären Anschlüsse möglich, jedoch nicht entlang der Wohldstraße zum Krankenhaus, da dort keine Wohnhäuser stehen.

Herr Pfeiff hat einen Beschlussvorschlag vorformuliert, welcher durch Herrn Fröhlich ergänzt wie folgt vorgetragen wird:

**Der Beirat Blumenthal bittet die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, dass aus Sicht des Beirates unentbehrliche Sanierungsmanagement, derzeit befristet bis zum 31.12.2025 zu entfristen und für das Sanierungsgebiet um weitere vier Jahre zu verlängern.**

**Dem Beschlussentwurf wird einstimmig bei 11 Ja-Stimmen, keiner Enthaltung und keinen Nein-Stimmen zugestimmt.**

#### **TOP 4: Vorstellung „ResiRiver“- Projekt Bunkerbucht Rezum (GDWS/ WSV)**

Frau Dumm stellt sich vor und berichtet, dass der wasserwirtschaftliche Ausbau eine Aufgabe ist, welche der Bund per Gesetz übertragen bekommen hat. Das bedeutet, dass an den Bundeswasserstraßen entsprechend der Wirtschaftspläne Projekte umgesetzt werden sollen, um zur Zielerreichung der Wasserrahmenrichtlinie beizutragen. Dabei handelt es sich um genehmigungspflichtige Ausbauprojekte. Das ResiRiver-Projekt ist ein EU gefördertes Projekt, dessen Projektleitung in den Niederlanden beherbergt ist.

Frau Rudolph stellt das Projekt vor, in dem es um naturbasierte Lösungen im Weserästuar. Dabei handelt es sich um Lösungen die dem Hochwasser- und Uferschutz zu Gute kommen, ohne die Verwendung von Steinen.

Der Begriff setzt sich aus den englischen Begriffen für Resilienz und Fluss zusammen. Ziel des Projektes ist, die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, die naturbasierten Lösungen weitreichend umzusetzen und die Entscheidungsfindungen auf politischer Ebene für naturbasierte Lösungen beschleunigt werden.

Das Projekt ist EU-Gefördert und beinhaltet elf Projektpartner und fünf Länder, die sich daran beteiligen.

Frau Rudolph zeigt das betroffene Gebiet entlang der Bunkerbucht.

Frau Rudolph berichtet über Ausbesserungen und Maßnahmen die in der Vergangenheit liegen und aus den 1950er und 1970er Jahren.

Die geplanten Einzelmaßnahmen sind Buschkisten zum Schutz des Deckwerks im südlichen Bereich, einem Raubaum, Buschkisten mit einer Vegetationsinsel und einer Deckwerksabsenkung oder Umbau.

Dies ist ein Schutz vor dem Priel-System und gleichzeitig die Förderung der Vegetation.

Im Norden soll der Kopf der Buschkisten verdickt sein damit sich die Vegetation besser ausbreiten kann. Der Raubaum hat eine ähnliche Funktion.

Frau Rudolph zeigt Beispiele einer Buschkiste und beschreibt diese. Eine Buschkiste besteht aus Reisigbündeln die mit Draht verpackt werden.

Frau Rudolph zeigt positive Effekte von Buschkisten die bereits in der Bunkerbucht installiert worden sind. So ist im Mai 2024 bereits zu erkennen gewesen, dass sich Sediment um diese Kisten herum angesammelt hat und erste Vegetation auf den Buschkisten zu sehen ist.

Das Deckwerk nördlich der Bucht befindet sich noch in einer frühen Planungsphase und ist noch nicht weiter konkretisiert worden. Es ist noch nicht klar, ob eine Deckwerksabsenkung durchgeführt wird oder ein Umbau stattfinden wird.

Die Deckwerkskrone liegt oberhalb des Tidehochwassers und der für den Hochwasserschutz relevante Teil würde nicht verändert werden. Es wird ein Profil eines Deckwerks gezeigt und wie eine mögliche Änderung aussehen könnte.

Herr Radtke fragt, wozu das Deckwerk und die Buschkisten dienen sollen.

Herr Jahn fragt, ob eine weitergehende Verschlickung der Bucht dadurch eintreten wird, da dies auch eine Badebucht ist und ob durch die Veränderung des Deckwerks unterhalb des Campingplatzes eine Unterspülung stattfinden kann, die die Maßnahmen sowie den bestehenden Hochwasserschutz unterspülen, da bei hohem Hochwasser der Bereich bereits überflutet wird.

Herr Bergmann fragt, wie sich eine Weservertiefung auf den Bereich auswirkt und ob es Sinn macht, die Maßnahmen schon umzusetzen, aufgrund einer dann eintretenden Versalzung der Weser und einer höheren Fließgeschwindigkeit.

Frau Rudolph sagt, dass ein Deckwerk eine Ufersicherung durch lose Steine ist oder die Steine durch zusätzlichen Beton verfestigt sind.

Eine weitergehende Verschlickung ist bereits zu erkennen, unabhängig vom Bau der Buschkisten. Die Länge der Kisten beträgt ca. zehn Meter und dienen der Ablenkung der Priele vom Deckwerk weg. Ein Aufstau kann im Bereich der Kiste vorkommen aber nirgends sonst.

Frau Dumm äußert zur Weservertiefung, dass der Tidehub ansteigen würde. Für die Buschkisten sei dies jedoch unerheblich. Dies sei eine kostengünstige Bauweise die einfach unterhalten werden kann. Die Priele arbeiten sich an den Fuß des Deckwerks heran und unterspülen sie. Die Ausprägung Priele sollen deswegen verringert werden.

Herr Pfeiff berichtet, dass eine Weservertiefung kommen wird und die Natur darunter leiden wird, jedoch auch Arbeitsplätze daran hängen. Herr Pfeiff fragt, ob die Vegetation auch zur Einnistung von Vögeln dient und diese dort brüten würden.

Frau Rudolph sagt, dass dies durchaus möglich ist.

Herr Pfeiff hebt hervor, dass Hundeführer dort oft unangeleinte Hunde ausführen was das Nisten dort stören könnte.

Herr Milpacher äußert, dass es in den Bereichen bereits Nutrias und Robben gibt und befürwortet das Projekt.

Herr Thormeier fragt, ob die Bucht ein Muster darstellen soll um Erkenntnisse gewinnen zu könne, wie Uferschutz naturnah umgesetzt werden kann.

Frau Dumm äußert, dass dies stimmt und die naturnahen Lösungen ein Modell für andere Projekte darstellen sollen.

Herr Bergmann entgegnet, dass auch Umwelttechnik Arbeitsplätze schaffen kann und die Ursachen der Weservertiefung noch bis in die Stadt hinein spürbar sein werden.

Herr Fröhlich weist daraufhin, dass es einen Beiratsbeschluss gibt, dass das Schild zum Badeverbot in der Bunkerbucht vergrößert werden soll und bittet dieses Vorhaben weiter zu verfolgen.

Herr Fröhlich erinnert den Beirat daran, dass der Beirat sich Gedanken machen sollte wo Hundefreilaufflächen im Stadtteil denkbar sind.

## **TOP 5: Anträge und Anfragen**

### **a) SPD – Böllerverbot**

Herr Pfeiff erläutert den Inhalt des Antrags und hebt das Tierleid und die Emissionen ausgehend von den Böllern und die Gefahr, sowie Zunahme des Missbrauchs hervor. Herr Pfeiff äußert, dass Kommunen Verbots- und Erlaubniszonen einrichten können und schlägt vor, dieses Thema an andere Ortsämter zu versenden, um in der Beirätekonzferenz und der Bürgerschaft einen Beschluss zu erwirken.

Auffällig sei, dass in der Nähe von Reetdächern und Denkmälern keine Rücksicht genommen wird. Ein Landwirt (Herr Morisse) aus dem Publikum berichtet über seine Erlebnisse in der Silvesternacht und dass die Tiere beruhigt werden mussten. Die Tiere haben zum Teil versucht auszubrechen und dass es jährlich schlimmer und lauter wird.

Herr Thormeier berichtet, dass in seiner Fraktion keine einheitliche Meinung herbeigeführt werden konnte. Bezüglich der Reetdächer und Denkmäler sei dies bereits eine gesetzliche Regelung die nicht immer beachtet wird und befürchtet dies auch bei Verbotszonen.

Herr Thormeier differenziert zwischen dem regulären Umgang mit Feuerwerk und dem Missbrauch durch Böllern wie Kanonenschlägen oder Polenböllern.

Herr Thormeier befürwortet eher ein Verkaufsverbot von Böllern.

Herr Pfeiff sagt, dass Kommunen selbst regeln können Verbots- und Erlaubniszonen einzurichten und nicht von einem grundlegenden Verbot die Rede ist und erhofft sich ein positives Ergebnis um dies in die Beirätekonzferenz tragen zu können.

Herr Thormeier regt an, sich zusammzusetzen und um eine gemeinsame Formulierung zu finden, da er es zu unspezifisch hinsichtlich der Feuerwerksarten findet. Er würde gerne unterscheiden zwischen Böllern und Effektfeuerwerk.

Herr Pörtner berichtet von Städten in denen Verbote verschärft wurden und findet das auf Bundesebene eine Änderung herbeigeführt werden sollte und ein solcher Antrag dabei weiterhelfen könnte.

Herr Thormeier fragt die anwesenden Polizisten was denkbar sei.

Herr Richter von der Polizei berichtet, dass es personell nicht möglich sei im regionalen Bereich Verbotszonen einzurichten und zu kontrollieren.

Er sieht es eher als sinnvoller Verkäufe einzuschränken und zu kontrollieren. Als Beispiel zum Erfolg nennt er die Grohner Düne.

Herr Pfeiff hebt hervor, dass dies nur eine Diskussion anschieben soll, da der Beirat eine Änderung nicht herbeiführen kann. Herr Pfeiff findet es sehr wichtig dies anzustoßen.

Herr Bergmann findet, dass Anträge gestellt werden sollten, die umsetzbar sind, und hat Verständnis für das Tierwohl aber sieht eine Einschränkung im Verkauf für sinnvoller.

Herr Fröhlich fragt bei der antragsstellenden Partei an, ob der Bitte der CDU nachgekommen wird, den Antrag zunächst für eine gemeinsame Formulierung zurückstellen. Dieses findet keine Zustimmung.

Sodann stellt Herr Thormeier den Änderungsantrag mit dem Inhalt den Verkauf von Böllern einzuschränken und die Formulierung der Errichtung von Verbotszonen herausnehmen, da sie nicht praktikabel sind.

**Der Änderungsantrag der CDU wird mehrheitlich mit 6 Nein-Stimmen, 4 Ja-Stimmen, und einer Enthaltung abgelehnt.**

Darauffolgend wird über den Antrag in der vorliegenden Form abgestimmt.

**Der vorliegende Antrag der SPD wird mehrheitlich mit 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, und einer Enthaltung beschlossen.**

#### **b) CDU – Straßenbenennung „Schulpfad“ + TOP: 6a)**

Herr Fröhlich informiert darüber, dass im Sprecherausschuss einstimmig angeregt wurde, den Tagesordnungspunkt 5b und 6a zusammen zu behandeln, da beide Anträge die Benennung von Straßen im Dillener Quartier beinhalten. Über die Anträge könnte jedoch separat abgestimmt werden. Herr Fröhlich zeigt auf der Leinwand die betroffenen Wege im Dillener Quartier.

Herr Bergmann äußert, dass der Name für den Weg anbietet, da er zur Schule führt und beantragt deswegen den Namen Schulpfad.

Herr Fröhlich fragt den Beirat, ob Änderungsvorschläge oder Anmerkungen zu den gestellten Straßen- und Wegebenennungen gestellt werden.

Frau Schmidt regt an, den letzten Satz aus dem Antrag herauszunehmen, da es ein Ungleichgewicht zwischen Männer und Frauennamen bei den Straßennamen gibt und nicht versucht werden sollte Frauennamen aktiv bei Benennungen auszuschließen. Dieses findet vom antragsstellenden Beiratsmitglied Herrn Bergmann Zustimmung.

Herr Tunc hebt hervor, dass die Benennung eines Weges nach Luise Otten-Röhrs eine Straßenbenennung verdient hätte und nicht nur die Benennung eines Weges. Jedoch freut er sich, dass die Dame auf diesem Wege geehrt wird.

Herr Fröhlich bittet den Antragssteller Herrn Rosenberger zu Wort.

Herr Rosenberger äußert, dass er sich über einen Beschluss freuen würde und, dass insgesamt über 200 Menschen hinter dem Antrag stehen. Die Wegebenennung in Luise Otten-Röhrs-Weg ist für ihn vollkommen in Ordnung.

Er freut sich darauf, den betroffenen Personen davon zu berichten, dass die Benennung mehrheitlich beschlossen wird und fände es wunderbar, wenn es dazu käme mit dem Hintergrund, dass im diesen Jahr der achtzigste Jahrestag der Befreiung von Nazidiktatur und Krieg ist.

Herr Rosenberger äußert im Vorfeld seine Dankbarkeit, wenn der Antrag beschlossen wird und weist auf eine Gedenkveranstaltung auf der Bahrsplate hin. Auch viele Frauen können sich mit Luise Otten-Röhrs identifizieren.

**Der Antrag der CDU wird einstimmig mit 7 Ja-Stimmen, keiner Enthaltung und keiner Nein-Stimme beschlossen.**

**Der Bürgerantrag wird einstimmig mit 7 Ja-Stimmen, keiner Enthaltung und keiner Nein-Stimme beschlossen.**

**TOP 6: Bürger:innen-Anträge; Fragen Wünsche und Anregungen on Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung (bitte vorher schriftlich einreichen)**

**a) Bürgerantrag – Straßenbenennung nach Luise Otten-Röhrs**

Der Antrag wurde zusammengefasst mit dem CDU-Antrag zur Straßenbenennung behandelt und einstimmig beschlossen.

Weitergehend weist eine Bürgerin darauf hin, dass alle Trinkwasser sparen müssen. Hierbei ist es auch wichtig, dass für bestimmte Dinge das Regenwasser gesammelt wird. Viele Bürgerinnen und Bürger tun dieses bereits oder setzen sich damit auseinander und für sie ist es völlig unverständlich, dass dieses bei den beiden neuen Schulen im Stadtteil Blumenthal nicht berücksichtigt wurde.

Herr Rosenberger bedankt sich bei der BSAG für die schnelle Umsetzung, dass die Buslinien 91, 92, 94, 95, 96 der BSAG die Ansagen der Haltestelle am Bahnhof Blumenthal um den Jenny-Ries-Platz erweitert haben. Dies steigert das Bewusstsein der geschichtlichen Relevanz und der Vergangenheit.

**TOP 7: Wünsche und Anregungen des Beirates**

Herr Jahn berichtet von einem Bürger in der Turner Str. der beobachtet, dass der Waldfriedhof von einer Garten- und Landschaftsbaufirma zu umfangreich und zu überteuert gepflegt wird und es keine Toiletten gibt. Herr Fröhlich führt aus, dass er sich der Thematik bzgl. der Toiletten annehmen wird, jedoch die Umfänge etc. der Arbeiten, von ihm so nicht beurteilt werden können. Er regt daher an, dass der Bürger sich gerne im Ortsamt für einen persönlichen Austausch hierzu melden kann.

Herr Tunc berichtet, dass er wiederholt angesprochen wurde, dass der Weg zwischen Lehmhorster Schule und Schwaneweder Str. nicht sicher sei und bittet die Polizei darum, dort einmal in den Morgenstunden nachzusehen.

Des Weiteren berichtet Herr Tunc von zwei/ drei nicht funktionierenden Straßenlaternen im Neuenkirchener Weg auf Höhe der Hausnummer 44.

### **TOP 8: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Blumenthaler Beirates vom 10.12.2025**

**Das Protokoll wird einstimmig mit 9 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und zwei Enthaltungen beschlossen**

### **TOP: 9 Mitteilungen**

#### **a) des Ortsamtleiters**

Herr Fröhlich berichtet, dass die im Umlaufverfahren beschlossenen Baumpflanzungen am Parkplatz in der Straße Unterm Berg aus dem Stadtteilbudget des Beirates aufgrund der Gesetzesänderung nicht mehr möglich sind. Mit dem Budget sind derzeit nur verkehrliche Maßnahmen umsetzbar. Es wird zurzeit geprüft, wie man dieses wieder ändern kann, damit die Finanzierung von Baumpflanzungen zukünftig wieder möglich sein könnte. Da diese Maßnahme für die drei Bäume sowieso für Herbst 2025 angedacht gewesen ist, verbleibt aber noch ein wenig Zeit. Parallel schaut das Ortsamt aber auch nach anderen schnelleren Lösungen zur Finanzierung. Eine Info soll in den kommenden Wochen folgen.

Die Ausschreibung zum Mobilpünktchen im Bereich Schwaneweder Straße/ Kreinsloger läuft noch bis zum Ende des Monats. Eine Ergebnismitteilung und der Baubeginn wird darauffolgend zeitnah erwartet.

Kommender Montag 27. Januar Ausschuss für Gesundheit, Senioren und Sport in Grundschule Blomendal in der Mensa der Wigmodistraße statt. Nebst der Vorstellung des Sachstandes um den Sport- und Gesundheitspark kommt die Wahl eines Sprechers des Ausschusses mit auf die Tagesordnung. Das Zugriffsrecht hat die SPD. Die geänderte Tagesordnung wird am morgigen Tag zugesandt.

Im Februar am 11.02.2025 findet in der Mensa der Lehmhorster Str. die kommende Beiratssitzung statt.

#### **b) des Beiratssprechers**

Herr Pfeiff warnt vor der Verharmlosung von rechten Parteien und weist auf den Gedenktag der Befreiung der Opfer in Auschwitz am 27.01.2025 und eine damit verbundene Veranstaltung am Denkort Bunker Valentin hin.

Des Weiteren weist Herr Pfeiff auf einen Blutentnahmetermin am 29.01.2025 im Gemeindezentrum im Neuenkirchener Weg 31 hin, wo von 16:00 bis 19:30 Blut gespendet werden kann.

## **TOP: 10 Verschiedenes**

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bedankt sich Herr Fröhlich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:46 Uhr.

gez. Fröhlich

---

Vorsitz

gez. Pfeiff

---

Beiratssprecher

gez. Olthoff

---

Protokoll